

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mh. 1.50
= (ohne Frägerlohn oder Postgebühren.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 30 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Erlenne in Oestrich.

fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 141

Dienstag, den 26. November 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung meiner Anordnung vom 8. 12. 1917 betr. die Schließung des Bäckereibetriebes habe ich den Bäckermeister Quirin Viding in Nauenthal ab 2. Januar 1918 wieder zum Betriebe seiner Bäckerei zugelassen.

Niedesheim a. Rh., den 21. November 1918.

Der Landrat.

Es ist uns Schilfrohrhähnel angeboten worden, der sich einschließlich Sack auf ungefähr 23 Mark je Zentner stellen wird. Etwaige Bestellungen hierauf sind sofort telefonisch unter nachfolgender Bestätigung hierher zu richten.

Niedesheim a. Rh., den 21. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden

machte ich darauf aufmerksam, daß gemäß den Verfügungen vom 28. Okt. 1890 u. Nr. 3611 und 17. Nov. 1912 u. Nr. 2353 ein Verzeichnis der Rückstände bei der Gemeindefiskal aufzustellen ist, dessen Vorlage ich bis zum 15. kommenden Mts. entgegennehme. Die Gemeindefiskal sind anzuhaltend, wegen der Beibehaltung der Reste das Weitere ohne Verzug zu veranlassen.

Niedesheim a. Rh., den 22. November 1918.

Der Landrat

als Vorsitzender des Kreisausschusses.

Nichtfäße

für die Preisberechnung bei Ausbesserungen von Schuhwaren.

Auf Grund der §§ 1, 3, 7 der Verordnung des Bundesrats über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren vom 25. 1. 17 werden die nachstehenden

Nichtfäße

erlassen.

§ 1

Die Herstellungskosten setzen sich zusammen:

- a) Materialkosten,
- b) Arbeitslohn,
- c) Unkosten.

§ 2

Für die Berechnung der Materialkosten gelten folgende Grundätze:

a) für Leder

einerlei, ob dasselbe im In- oder Ausland hergestellt ist, darf als Einkaufspreis höchstens der nach der Bekanntmachung betr. Höchstpreise für Leder jeweils gültige Höchstpreis derjenigen Preisklasse, welcher die verarbeiteten Sorten angehören, berechnet werden. Bei Verwendung von Ersatzföhlen oder sonstigen Ersatzstoffen darf höchstens der Preis als Einkaufspreis zugrunde gelegt werden, den die Ersatzföhlengeellschaft für die zur Verwendung kommende Art festgesetzt hat;

b) für alle anderen Materialien

wie Nägel, Nähgarn, Besch, Wachs, Klebstoffe, Schwärze, Holz, Nägel u. dergl. dürfen nicht mehr als 60 Pfennige für ein Paar Herren-, Damen- und Kinderföhlen und Flecke in Anrechnung gebracht werden.

§ 3

Arbeitslohn

darf nicht mehr als der auf Grund der Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer tatsächlich bezahlte Betrag in Rechnung gestellt werden. Schuhmacher, die keine Arbeiter beschäftigen, dürfen nur die Löhne der Klasse 2 berechnen.

§ 4

Unkosten

dürfen höchstens folgende Sätze auf den Betrag der Materialkosten zusätzlich Arbeitslohn berechnet werden:

- | | |
|---|----------|
| für Klasse 3 (umfaßt diejenigen Betriebe, welche ohne Hilfskräfte arbeiten, oder welche weniger als Mh. 6.— Arbeitslohn für 1 Paar neue Herrenföhlen bezahlen.) | 10 v. H. |
| für Klasse 2 (umfaßt diejenigen Betriebe, welche 6—9 Mh. Arbeitslohn für ein Paar neue Herrenföhlen bezahlen) | 15 v. H. |
| für Klasse 1 (umfaßt diejenigen Betriebe, welche mehr als 9 Mh. Arbeitslohn für ein Paar neue Herrenföhlen bezahlen) | 20 v. H. |

§ 4b

Bei Verwendung von Ersatzföhlen wird der Unkostenatz für alle Lohnklassen auf höchstens 20 v. H. begrenzt.

Vorstehende Sätze gelten nur für Handwerks- und ordnungsmäßig ausgeführte Reparaturen, und zwar für Schuhmacherbetriebe, welche gleichzeitig Maßarbeit anfertigen, sowie für Schuhhändler, die entweder in eigenen Betrieben durch Angestellte oder durch Heimarbeiter Schuhwarenreparaturen herstellen lassen.

Beispielsweise (mechanische Reparatur-Werkstätten) und Schuhmacher, die sich ausschließlich mit der Herstellung von Reparaturen beschäftigen, sowie alle Betriebe, welche minderwertige Reparaturarbeiten, w. z. B. einfach mit Eisenägeln besetzte Föhlen liefern, dürfen höchstens den Unkostenatz der Klasse 3 (10 v. H.) in Anrechnung bringen. Schuhhändler, welche die ihnen in Auftrag gegebenen Reparaturen durch selbständige Schuhmacher ausführen lassen, dürfen ihrerseits Unkosten nur so weit in Anrechnung bringen, als solche nicht bereits in dem mit dem Schuhmacher vereinbarten Preis enthalten sind. Die Höhe des Unkostenatzes richtet sich nach der Klasse, welcher der betreffende Schuhmacher, der die Arbeiten ausführt, angehört.

§ 5

Für Ausbesserungen arbeiten, die außer Sohlen und Flecken vorgenommen werden, w. z. B. Einstecken von Nähten, Anbringen von neuen Vorderblättern, Kleben und dergl. dürfen

die entstehenden Mehraufwendungen für Material, Arbeitslohn, Unkosten und ein entsprechender Gewinnzuschlag unter Beachtung der in diesen Richtfäßen festgesetzten Bestimmungen besonders gerechnet werden; für Gradrichten von Absatzföhlen darf nur der vermehrte Arbeitslohn in Anrechnung gebracht werden.

§ 6

Der angemessene Gewinn

wird insgesamt a) bei Verwendung von Lederföhlen 15 v. H. auf höchstens

b) bei Verwendung von Ersatzföhlen 20 v. H. auf höchstens

für alle Klassen begrenzt, gerechnet auf den Betrag, der sich bei der Zusammenrechnung von Materialkosten, Arbeitslohn und Unkosten ergibt.

Die Pfennigbeträge der Endsumme können auf je 5 Pfg. für ein Paar, und zwar: Beträge unter 2½ Pfg. nach unten, Beträge von 2½ Pfg. und darüber nach oben abgerundet werden (27. 1. 17 ab.)

§ 7

Die nach § 3 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren zum Aushang zu bringende Preisberechnung ist von allen Geschäften, welche gewerbsmäßig Bestellungen auf Ausbesserungen von Schuhwaren entgegennehmen und Schaufenster oder Schaukästen besitzen, in den Geschäftsräumen so anzubringen, daß sie vor dem Betreten derselben von außen sichtbar ist, in solchen Geschäften, die keine Schaufenster oder Schaukästen besitzen, derart, daß sie für jedermann sichtbar und lesbar ist.

Die zum Aushang zu bringende Preisberechnung muß enthalten:

1. den Betrag der Materialkosten für Sohlen und Absatzföhlen gemäß § 2;
2. den Betrag des gemäß § 3 zu zahlenden Arbeitslohnes für Sohlen und Flecke;
3. die gemäß § 4 zu berechnenden Unkosten;
4. den gemäß § 6 festzusetzenden Gewinn;
5. den Endpreis der dem Besteller berechnet wird;
6. den Wortlaut der Bestimmungen des § 5 dieser Richtfäße.

§ 8

Diese Richtfäße treten mit Wirkung vom 27. Januar 1917 in Kraft.

Berlin, den 27. Januar 1917.

Entschertungskommission für Schuhwarenpreise.

(Schluß folgt.)

Zur inneren Lage.

Es steht fest, daß die Mehrheitssozialdemokratie von Tag zu Tag einen immer heftigeren Kampf gegen die radikalen Elemente links von ihr zu bestehen hat. Diesen genügen die Errungenschaften der Revolution bei weitem nicht. Da sagt der eine, die gegenwärtige Revolution stehe erst im Anfangsstadium, die Weiterentwicklung müsse in rascherem Tempo vor sich gehen. Ein anderer erklärt, Liebknecht und seine Anhänger und der sogenannte Bolschewismus würden vielfach verkannt. Der Königsberger Soldatenrat erkennt diese „Verleumdung“ in einem Aufruf aber durchaus nicht an. Es heißt darin u. a., daß unserer bisher so glänzend durchgeführten Bewegung von einer kleinen Zahl unverantwortlicher Menschen entgegengearbeitet werde. Diese wolle das alte Regiment der Nacht wieder aufrichten, nur unter anderem Namen, unter anderer Farbe. Dagegen müsse Front gemacht werden, denn Bolschewismus bedeute der Ruin eines geordneten Staatswesens und jeder menschlichen Gesellschaft. Ein jeder solle bedenken, daß dies gegen sein eigenes Wohl, wie auch um das Wohl des Staates gehe. Bleibt man bei Vernunft, so kann man sich diesem Urteil nur anschließen. Werden die Mehrheitssozialisten in der gegenwärtigen Regierung: Ebert, Scheidemann, David und noch etliche von den Unabhängigen unter Haase und Ledebour abgesetzt und diese dann wieder nach links getrieben durch die Spartakusgruppe unter Liebknecht, dann ist der Bolschewismus perfekt. Der Friede kommt in Gefahr, die Ernährung aufs ernste bedroht. Ganz Deutschland würde unter eine terroristische Diktatur geraten. Dem Bürgertum aller Parteien erwächst aus dieser Gefahr eine große und schwere Aufgabe. Es muß den Gegenstand der Mehrheitssozialisten verstärken, der allein anscheinend zu schwach ist, um auf die Dauer den Dammbruch zu verhindern. Den Mehrheitssozialisten insgesamt, allen Bürgern, Bauern und Arbeitern erwächst die Pflicht, sich zu regen und verschärften Einspruch gegen dieses Treiben zu erheben.

An die Arbeiter- und Soldatenräte.

Im „Vorwärts“ wendet sich der Chefredakteur Friedrich Stampfer an die Arbeiter- und Soldatenräte, um sie ernst und eindringlich zu mahnen, ihre Macht nicht zu überspannen und sich nicht einfach auf den Nachhieb zu verlassen. Der sehr ernste Aufruf schließt: „Eure Aufgabe ist es, die Organisation der sozialen Republik in die Wege zu leiten, nicht sie zu diffundieren. Die soziale und demokratische Republik wird eure Kraft auch noch später gebrauchen. Ihr werdet ihre Gesetze beschließen, werdet führen und verwalten, wenn ihr Euch bewährt. Wenn ihr Euch aber nicht bewährt, das heißt, wenn ihr Euch vom Machtgefühl berufen laßt und mit Gewalt zu erreichen versucht, was nur in ruhiger, planvoller Arbeit geschaffen werden kann, dann werdet ihr eines Tages unruhiglich grundbegeben und Millionen Unschuldiger mit Euch.“

Technischer Auffassung gibt in der „Freiheit“, dem Organ der Unabhängigen, auch Oswald Bernheim

Ausdruck. Freilich, fügt das Blatt hinzu, daß es sich die Anschauungen Bernsteins nicht ganz zu eigen machen könne. Bernstein läßt seine Darlegungen in folgenden Sätzen ausklingen: „Was die Revolution errungen hat, ist weder bürgerliche noch proletarische Demokratie, sondern Demokratie schlechthin.“

Arbeiterräte und Reichsregierung.

BB. Berlin, 24. Nov. (Amstich.) Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Uebergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrätes von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und aufzubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.

3. Die Bestellung des Rats der Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Uebertragung der Exekutive der Republik.

4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik — und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Preußens erfolgt durch den Zentralvollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.

5. Vor der Berufung der Nachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Sobald wie möglich wird eine Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammengetreten. Der Termin wird noch bekannt gegeben.

Im Anschluß an diese Vereinbarung wird das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festgesetzt. Es sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

Hindenburg.

Generalfeldmarschall von Hindenburg richtete aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe ein Telegramm an die deutsche Reichsleitung, worin gesagt wird, daß die Gegner auch weiterhin in ihren Waffensitzungsbedingungen Unmöglichkeiten fordernten, und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Franzosen sich einen Rechtfertigung für die Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollten. Er erklärte deshalb ausdrücklich, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffensitzungsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage sei, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst der Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Dies halte er für seine Pflicht zu betonen, weil aus den Äußerungen der feindlichen Presse hervorgehe, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stütze, Frieden schließen werde.

W. Berlin, 24. Nov. In einer sozialdemokratischen Versammlung in Schöneberg trat ein Spartakus-Bolschewist auf, der sich dagegen wandte, daß die Soldatenräte auch einem Hindenburg Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ein sozialdemokratischer Landsturmman trat auf und bemerkte, so könne doch nur einer sprechen, der nicht im Felde gewesen sei. Denn darüber seien sich doch alle Feldsoldaten einig, gleichviel welcher politischen Anschauung sie seien, daß Hindenburg wie ein Vater für seine Soldaten gesorgt habe. Es sei darum ganz in der Ordnung und recht und billig, daß Hindenburg unter den Schutz des Volkes gestellt sei. Er habe es wahrlich verdient. Die Versammlung nahm diese Worte mit lebhafter Zustimmung auf.

Scheidemann.

Der Volksbeauftragte Scheidemann erklärte vor einem größeren Kreis von Pressevertretern, daß die Zensur vollkommen aufgehoben sei. Keine Instanz habe das Recht, zu irgend welchen Zensurmaßnahmen zu greifen, und falls sich irgend welche Stellen Zensureingriffe erlaubten, so sei die Presse nicht verpflichtet, diesen Folge zu leisten. — Wenn Auslandsbriefe noch offen aufzuliefern seien, so wolle man nur verhindern, daß keine Kapitalien nach dem Auslande verschleppt werden. — Im weiteren trat er für eine schnelle Einberufung der Nationalversammlung ein. — Seit das Saarrevier für uns verloren gegangen sei, würde die Kohlenversorgung noch schwieriger. — Die Gebietsfrage gehöre einzig und allein auf die Friedenskonferenz, wo eine Lösung gesucht werden müsse. — Die Franzosen gingen bei dem Nachdruck in die von uns gesuchten Gebiete sehr rigoros vor, während die Amerikaner viel mehr Verständnis zeigten. In Schlettstadt seien deutsche Truppen gefangen genommen worden, bevor der Termin der Abnahme der Abgaben abgelaufen war. Bei den schweren Waffensitzungsbedingungen würden die Abgaben nicht immer eingezahlt werden.

Eberts Antwort an Staatsminister Ulrich.

10. Berlin, 24. Nov. Auf das Telegramm des hiesigen Staatsministers Ulrich erteilte der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort: Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin brachte die Reichsregierung zum Ausdruck, daß sie weit davon entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschließen, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reiches Wert legt. Sie steht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesrates, sondern nach einer solidarischen Demokratie des einheitlichen Deutschlands.

Die neue demokratische Partei.

Den Vorschlag in der deutschen demokratischen Partei hat man dem preussischen Handelsminister Fischbeck angeboten. Dieser hat aber, von einer Wahl des Vorsitzenden zur Zeit noch abzusehen und damit zu warten, bis ein auf demokratischer Grundlage gebildeter Delegiertentag in freier Entscheidung die Wahl des Vorsitzenden vornehmen könne. Bis dahin ist die provisorische Leitung den Herren Professor Alfred Weber, Dr. Bachnick und Herrn v. Richterhofen übertragen worden. Generalsekretär der Partei ist Dr. Silberberg. Das Programm, das sich die neue große demokratische Partei zur Aufgabe gestellt hat, erfahren wir von der „Demokratischen Parteikorrespondenz“: Bekenntnis zur republikanischen Staatsform, entschiedene Abwehr jeder reaktionären Gegenrevolution, rücksichtsloser Kampf gegen diejenigen, die den unglücklichen Ausgang des Krieges auf ihrem Gewissen haben, offene und vorurteilslose Erfüllung der Forderungen der Zeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Bei aller Ablehnung sozialistisch-bolschewistischer Experimente, an der es die neue Partei nicht fehlen lassen darf, wird sie dennoch den sozialen Gedanken in ganz anderer Weise für den politischen und wirtschaftlichen Staatsaufbau fruchtbarer machen als bisher. Arbeiter und neuer Mittelstand, Arbeiter, Staats- und Privatbeamte, Krieger, Witwen und Waisen, sowie Kriegsbefähigte können auf die wärmste Unterstützung der demokratischen Partei rechnen. Die Kriegsgewinne müssen auf das schärfste beschnitten, Bauernland muß in Masse dem landwirtschaftlichen Vollerwerb zur Verfügung gestellt werden. Auch die Industrie muß den Sozialisierungsgedanken dort aufnehmen, wo es möglich ist und wo es ohne Schaden für die Initiative des Privatunternehmers und für die Konkurrenzfähigkeit im Auslande erfolgen kann. Auf einem auf breiter demokratischer Grundlage gewählten Delegiertentag soll die Verfassung der Partei endgültig festgelegt und mit allem Persönlichkeitsstolz, mit aller Parteibonzenwirtschaft soll rücksichtslos ausgearbeitet werden.

Die Schieberei in Berlin.

In Berlin hat Karl Liebknecht Ende der vorigen Woche eine Versammlung ab. U. a. sprach er sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung aus und trat für die Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte ein. Ein Soldat erzählte nach dem Vortrag, daß er mitgehört habe, das Schloß zu flürmen, er wie die anderen seien verhaftet worden und mehrere seien noch im Polizeipräsidium in Haft. Diese Worte jündeten, ein Trupp begab sich zum Polizeipräsidium und verlangte Herausgabe der politischen Gefangenen. Einer Abordnung wurde erklärt, daß sich solche nicht mehr in Haft befänden. Während diese Abordnung noch im Polizeipräsidium mit dem dienstituierenden Beamten verhandelte, gab ein junger Mann aus der Menge einen Pistolenschuß ab, wodurch ein Soldat der Sicherheitswache getötet wurde. Darauf eröffnete die Wache ein besagtes Gewehrfeuer, weil man auch inzwischen das Gefängnis gewaltsam eröffnet und die Zellen geöffnet hatte. Die übrige Menge ergriß hierauf die Flucht. Bei dieser Schieberei wurde außer diesem Soldaten noch ein Mann und eine Frau getötet, während mehrere andere Personen verwundet wurden. Der Vorfall ist wirklich bedauerlich. Politische Gefangene, die man befreien wollte, waren nicht mehr im Gefängnis; im Gegenteil, man befreite gewaltsam nur solche Personen, die wegen Diebstahls und Lebensmittelschleichungen eingekerkert waren, und solche Leute dienen doch sicherlich nicht dazu, die Sicherheit in Berlin zu erhöhen.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Dr. Köln, 23. Nov. Erzbischof Kardinal Hartmann hat laut „Köln. Volkszeitung“ an die preussische Regierung folgendes Schreiben geschickt: „Die mir zuverlässig mitgeteilt wird, beabsichtigt die gegenwärtige Regierung bereits in den nächsten Tagen durch eine Verordnung die Trennung von Staat und Kirche vom 1. April 1919 ab einzuführen. Hiergegen lege ich namens der sämtlichen Bischöfe Preußens feierlich Verwahrung ein, weil die geplante Maßnahme ein flagrantes Verstoß gegen die Verfassung darstellt. Die Regierung kann nicht als berechtigt angesehen werden, bestehende Gesetze aufzuheben durch die geplante Trennung, die nicht nur eine Reihe Gesetze, sondern auch Verfassungsurkunden verletzt. Durch die Trennung wird die katholische Kirche Rechte beraubt, die ihr gesetzlich zugesichert sind auf Grund von rechtsverbindlichen Verträgen und auf Grund der Erbschaft für Güter, die ihr durch die staatliche Gewalt genommen sind. Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer bloßen Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung zu vollziehen, so ist das keine gesetzliche Maßnahme, sondern ein Akt willkürlicher Gewalt.“

Unsere Volkswirtschaft in Zukunft.

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium Dr. Südekum und Hugo Simon erklärten Pressevertretern gegenüber: Lokale Versuche der Nationalisierung seien in keiner Weise zu billigen, denn sie fügten sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein und förderten nur die Desorganisation, verlangten obendrein den so dringlichen Ausbau unserer Wirtschaft. Nur solidarische Arbeit jedes Volksgenossen sei imstande, zu der notwendigen Erhöhung unserer produktiven Leistungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Produktion sei ein Verbrechen am Volk. Ein Unternehmer, der aus Furcht vor gewaltsamen Eingriffen Einzelner in einzelnen Betrieben oder aus anderen Motiven seine Tätigkeit einschränke, müsse bedenken, daß das große Ganze schweren Schaden leide. So manche Betriebe, z. B. die Herstellung aller Monopolprodukte oder die Versorgung mit elektrischer Energie seien sehr für die Sozialisierung und müßten dem Gemeinwohl übergeben werden. Die Abwanderung von Betrieben ins Ausland muß unbedingt verhindert werden. Die Preise, die für Waren

schuldig gemacht haben, entgegen ihrer gerechten Strafe nicht durchgreifende Maßregel werden ergriffen.“

Deutsche Proteste.

11. Berlin, 24. Nov. An die gegnerischen Regierungen wurden folgende Note gerichtet: „Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte bezeichnet. Die dritte Etappe auf der Karte greift westlich Bruch und zwischen Metz und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsaß-Lothringen bzw. Luxemburg zu verlagern. Der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder wurde nicht beachtet. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch der Räumung dieser Gebiete feierlich Verwahrung ein. Soll.“

(b.) Haag, 24. Nov. „Holländisch Nieuws Buro“ meldet: Folgendes drablos Telegramm wurde hier aufgefunden: Von der deutschen Regierung an den Minister des Auswärtigen in Warschau: Am 10. November wurde ein zurückkehrender Transportzug der Armee Madens auf der Straße Teschen-Oberberg durch polnische Legionäre entführt. Nach einer solchen eingetragenen Mitteilung hat sich der Führer der polnischen Truppen gestern wegen des Vorfalls entschuldigt. Der Transport hat darauf den Heimmarsch fortsetzen können. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß derartige Vorfälle nicht den Ansichten der polnischen Regierung entsprechen. Sie bittet daher dringend, durch geeignete Maßnahmen Vorsorge treffen zu wollen, daß der Weitertransport der aus Ungarn in die Heimat zurückkehrenden deutschen Truppen polnischseits nicht beeinträchtigt wird. Soll.“

Abgeschlagene Bitte deutscher Frauen.

11. Genf, 24. Nov. 168 deutsche Frauen richteten beifällig an Frau Jules Siegfried.

Vorsitzende des Nationalrates französischer Frauen eine Bitte dergestalt, daß sie für Wüderung der Waffenstillstandsbedingungen eintreten möchte. Nach einer Haussammlung ist das Ersuchen abgelehnt worden mit folgender Begründung: Die angeblich unritterliche Kriegsführung Deutschlands rechtfertige nicht, für eine Wüderung einzutreten, die Bedingungen seien gerecht. Zudem sollten sie nur eine Wiederholung des Krieges verhindern. Auch könne man nicht die vielen in Deutschland durch Döppus und Hungersnot dahingerafften Gefangenen vergessen.

Undurchführbarkeit des Räumungstermins.

(b.) Berlin, 24. Nov. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat um eine Verlängerung der Räumungsfrist um 15 Tage nachgesucht und es damit begründet, daß sonst auf der linken Rheinseite, insbesondere im Luxemburg-Lothringischen und im Saar-Gebiet außerordentliche Störungen des Wirtschaftslebens eintreten würden. Die überhäufte Räumung habe bereits eine Reduktion der Bagengestellung für die Zechen des Ruhrgebietes auf die Hälfte und für die Eisenindustrie auf ein Drittel zur Folge gehabt. Die Wagenstellung müßte mindestens täglich um 2500 Wagen erhöht werden, wenn die dringenden notwendigen Brennstoffe der luxemburgisch-lothringischen Eisenindustrie zugeführt werden sollten.

Baden.

11. Karlsruhe, 24. Nov. Der Großherzog Friedrich 2. erläßt folgende Rundgebung: An das badische Volk! Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein für diejenige Neugestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses des badischen Landes, welche die verfassungsgebende Nationalversammlung beschließen wird. Nachdem mir nun bekannt geworden, daß viele Badener sich durch den Treueid, den sie als Beamte, Soldaten oder als Staatsbürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zu der verfassungsgebenden Nationalversammlung sich zu betätigen, wie sie es nach dem tatsächlichen Verhältnis, wie insbesondere nach der Lage im Reich, für geboten erachten, erlaube ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides und verzichte auf den Thron. Mit diesem Verzicht erlaube ich die Zählung meines Vaters des Prinzen Max von Baden auch für ihn und seine Nachkommen. Mein und meiner Vorfahren Letztwill war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Meine und der meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf. Gott schütze mein liebes badisches Land. Schloß Langenstein. Friedrich.

Keine Loslösung der Rheinprovinz.

11. Köln, 25. Nov. Die Frage, ob im Rheinland eine Loslösung der Rheinprovinz vom Reich abzuheben, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erstrebt beibehaltung und entschlossen, ebenso wie die übrigen Länder im Reich, ihre Unabhängigkeit von der politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Ableben der deutschen Einheit zu bleiben, von der sie nicht als früher ihren Einfluß geltend zu machen gewillt ist.

Keinen Frieden, keine Lebensmittel.

11. Haag, 24. Nov. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Die englischen Maßnahmen in der Ostsee bedeuten, daß das Deutschland umschließende Blockaden jetzt völlig zugezogen wird. Deutschland wird vor der Festigung seiner Regierungsform nicht nur keinen Frieden, sondern bei überhandnehmendem Bolschewismus auch keine Lebensmittel erhalten. Die Entente wünscht eine Sicherung darüber, daß die Lebensmittel nicht in einem Chaos verloren gehen, sondern ordnungsgemäß verteilt werden. — „Maasbode“ schreibt: Die Schärfe der Waffenstillstandsbedingungen kann eine Reaktion verursachen. Eine ungünstige Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland ist immer noch zu befürchten. Die Unabhängigen haben durch die Verhängung der Räumungsverordnung eine große Verantwortung auf sich.

(b.) Köln, 24. Nov. Der „Köln. Ztg.“ zufolge enthält der „Köln“ ein Telegramm aus New-York, wonach dort bekannt ist, daß Deutschland nach den jüngsten Berichten nicht vor dem 1. April 1919 Lebensmittel aus Amerika bedürfte. „Es heißt, daß der erste Vorrat darauf berechnet war, Mangel zu vermeiden.“ Es folgt das französische Wort: „Mangel“.

Aus Elsaß-Lothringen.

(*) Der Gouverneur von Metz, Generalleutnant Lequis verabschiedet sich in einem 3 Spalten langen Artikel der „Recher Zeitung“ von der Stadt, die seit dem Jahre 1870—71 unser größtes Heerlager bildete und unsere stärkste Festung an der Westgrenze war. Er führt darin aus, daß die Kriegskameraden ob des Kriegsverlaufs und der Neugestaltung unseres politischen Verhältnisses den Kopf nicht hängen zu lassen brauchen, da ja nur der Zusammenschluß aller Mächte der Welt die Kraft des deutschen Volkes, ohne daß es zerschmettert sei, zusammengedrückt habe. Die Geschichte werde als unerlöschliche Lichter bereinigt dem deutschen Namen seinen Glanz wiedergeben. Wie schon wiederholt in früheren Zeiten habe die englische Politik es verstanden, fremde Völker vor ihren Wagen zu spannen. Ein blühendes Land wie Frankreich habe sich für Englands Größe und Macht verurteilt. Er bittet um Zucht und Ordnung beim Rücktransport und erinnert daran, daß auf den Frieden von Tilsit die Erhebung der Befreiungskriege und später das große Deutsche Reich folgte. — Inzwischen ist General Hoch in Metz eingezogen und hat dort sein Hauptquartier aufgeschlagen. Die „Recher Zeitung“ hat, ebenso wie die Oberpostdirektion Metz, ihren Sitz bis auf weiteres nach Karlsruhe in Baden verlegt. Auf Telefonanrufe antworteten die Damen des Fernsprechanstalts in Metz in französischer Sprache.

Die Heimkehr der Truppen.

11. Köln, 24. Nov. Seit gestern morgen bewegen sich große Truppenmassen singend durch Köln, umjubelt von der Kölner Bürgerschaft und tausenden von Schülern, die die Truppen mit Blumen und Abzeichen in den deutschen Farben schmücken. Der Durchmarsch wird bis zum 4. Dezember andauern. Täglich werden etwa 80 000 Mann die Stadt passieren. Zur Beförderung der Truppen vom Ober- nach dem Niederrhein sind alle Verkehrsmöglichkeiten erschlossen. Zahlreiche Abreisezüge werden zum Truppentransport in den Dienst gestellt. Von Mannheim bis Düsseldorf ist ein regelmäßiger Dampferverkehr eingerichtet.

(*) Köln, 24. Nov. Die „Köln. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß der neue Kongreß der Vereinigten Staaten am 4. März zusammentritt und dann die Imperialisten Oberwasser haben, die bekanntlich die 14 Punkte Wilsons nicht anerkennen. Es sei unbedingt nötig, daß die deutsche Nationalversammlung frühzeitig einberufen werde, um einen noch etwas glimpflichen Frieden zu erzielen.

11. Frankfurt a. M., 24. Nov. Die Stadt Frankfurt soll teilweise besetzt werden.

(b.) Genf, 23. Nov. Am 17. Dezember will die französische Regierung einen Sonderzug von Paris abgehen lassen, um den Mitgliedern des Parlaments den Besuch Elsaß-Lothringens zu ermöglichen.

(b.) Genf, 23. Nov. Senator Paul Doumer stellte in einem öffentlichen Vortrage fest, daß die Franzosen bis zum letzten Augenblick 500 Kilometer Front verteidigten, während die Engländer und Amerikaner zusammen nur 300 Kilometer behaupteten. Frankreich habe 1½ Millionen seiner Söhne geopfert, die unter der Erde ruhten.

(b.) Stockholm, 23. Nov. Brautling hat auf die neuerlichen Bitten deutscherseits an Albert Thomas in England ein Telegramm mit dem Ersuchen geschickt, nach Möglichkeit für die Wüderung der Waffenstillstandsbedingungen, besonders bezüglich der Räumungsfrist und der Auslieferung der Verkehrsmittel, bei der Entente zu wirken.

Aus der Zentrumsparlei.

11. Berlin, 23. Nov. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags und der beiden Häuser des preussischen Landtags erlassen der „Germania“ zufolge im Einvernehmen mit den leitenden Personen der rheinischen und westfälischen Zentrumsparleien gemeinsam mit den Vertretern der Zentrumsparlei, der christlichen Arbeiterorganisationen, des Volksvereins für das katholische Deutschland, Mitgliedern der Bauernvereine und Vertretern der im Zentralrat vereinigten katholischen Bauernbünde einen Aufruf, in dem es heißt:

Ein neues Zentrum muß und wird entstehen im Wandel dieser Tage. Rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat, Bekämpfung jedweder Klassenherrschaft, Ordnung in Freiheit, offene Absage an den Rammonismus und Materialismus unserer Tage und Pflege der irdischen Werte, die Volk und Staat erst gesund machen, sind die fundamentalen Grundsätze seiner Erneuerung als christlich-demokratische Volkspartei. Alle Volksschichten, Männer und Frauen, die zu diesen Grundsätzen sich bekennen und mit dieser Parole in die Wahlen zur Nationalversammlung eintreten wollen, soll das neue Zentrum ergreifen. Für die politische Um- und Neubildung werden vorbehaltlich endgültiger Festlegung von Namen und Programm durch die neu zu schaffenden Parteinstellen eine Reihe Leisefürsorge ausgestellt.

Diese fordern: baldigsten Abschluß eines Weltfriedens der Verständigung, sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens, Regelung der Beziehungen der Völker und Staaten zu einander durch das ewige Recht und nicht durch die Gewalt, Schaffung eines Völkerverbundes, allgemeine Abrüstung, Schug der nationalen Minderheiten in allen Staaten, völlige Erneuerung des auswärtigen Dienstes, Abschaffung der Geheimverträge, vollkommene Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles, wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Völker, Freiheit der Meere, internationale Regelung der Arbeiter- und Angestelltenfragen, Schaffung eines deutschen Bodenschatzes entsprechend dem Kolonialgebiete.

Auf dem Gebiet der inneren Politik wird u. a. gefordert: Schleunige Einberufung der Nationalversammlung, Vereinigung der deutschen Stämme, gleiches Wahlrecht mit der Verhältnismäßigkeit, Frauenwahlrecht im Reich, Bundesstaaten und Gemeinden, eine unabhängige, auf dem Vertrauen der Volkvertretung beruhende Volksregierung mit starker Volksgewalt an der Spitze im Reich und in den Bundesstaaten, Schaffung einer Verfassung durch Nationalversammlung und Presse, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Bezüglich der Wirtschaft- und Sozialpolitik wird verlangt: grundsätzliche Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln, Erlass privatrechtlicher Monopole durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, Schaffung und Erhaltung eines höchsten Bauernverbandes, Schutz und Förderung des einzelnen Gewerbetreibenden, Fortführung des Sozialstaats auf der Grundlage der Volksgewalt.

„Kommunikation, wirtschaftliche „Zugangs- und Niederungsreform, gerechte Verteilung der Steuerlasten, gewissenhafte Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Schließlich wird eine Reihe kulturpolitischer Forderungen aufgestellt.

Allerlei Nachrichten.

Belgien.

(b.) Köln, 24. Nov. Die „Köln. Ztg.“ berichtet aus Amsterdam: König Albert hat gestern seinen feierlichen Einzug in Brüssel gehalten. Die ganze königliche Familie ritt an der Spitze der Truppen. Die Amerikaner eröffneten den Zug. Dann kamen Franzosen, Schotten, Engländer und zuletzt eine gemischte belgische Division.

Die Straßen sind mit belgischen Fahnen und den Farben der Alliierten geschmückt. Am Groß-Platz erfolgte von einer großen Menge die feierliche Proklamierung der Befreiung der Stadt. Die belgischen Zeitungen erscheinen wieder.

In Ungarn.

(*) Die Verkündung der ungarischen Republik veranlaßt die Wiener Presse zu Betrachtungen über diesen Umsturz, der sich bei der bisherigen leidenschaftlichen Schwärmerei der Magyaren für die „heilige Stephanskrone“ wie ein Märchen ausnimmt. Kräftig lesen die Blätter Karolyi den Text wegen seiner unerhörten Geschicklichkeiten, womit er die Gnade des Verbannten zu erziehen versuchte. Sie erwidern ihm, daß Ungarn keineswegs von den Deutschen geliebt gewesen sei, daß diese vielmehr, nachdem sie Ungarn von der Türkenherrschaft befreit, es immer als einen freien selbständigen Staat hätten bestehen lassen, und daß im Gegenteil nach dem 1867er Ausgleich innerhalb der habsburgischen Monarchie der ungarische Einfluß beherrschend gewesen sei, die österreichischen Interessen immer zurückgedrängt worden seien und schließlich der Krieg durch die Schuld der unsinnigen magyarischen Nationalitätspolitik gegen die Slowaken, die Rumänen, die Serben und die Kroaten herbeigeführt worden und dann infolge der kurzzeitigen wirtschaftlichen Absperrung Ungarns und infolge seines würdevollen Treubruchs verloren gegangen sei.

Schweiz.

(*) Die Schweiz, deren Neutralität schon während des Krieges verdächtig war, hat es eilig, sich mit den Siegern gut zu stellen. In der Westschweiz, insbesondere in Genf und Chaux de Fonds, fanden feierliche Kundgebungen wegen des Waffenstillstandes und der Befreiung Elsass-Lothringens durch die Franzosen statt. In die Staatsoberhäupter der Entente hat bekanntlich der Schweizer Bundesrat auch Glückwunschkommuniqués abgesandt.

Aus England.

(b.) London, 24. Nov. Die königliche Familie erschien im Oberhaus. Der Empfang war ein sehr einfacher und prunkloser. Der König, der in einfachem Frack erschienen war, verlas vor dem Hause seine Dankansprache, die über eine Stunde in Anspruch nahm. Die bemerkenswerteste Stelle der Ausführungen des Königs lautete, daß ein neues besseres Großbritannien entstehen müsse. Auch die Lage der Arbeiter müsse verbessert werden und eine bessere Organisation der Industrie erfolgen. Durch die Verbindung mit den Alliierten und den anderen friedensliebenden Nationen müsse England den Weg finden, der die Beseitigung der Gefahren internationaler Konflikte erlaube und die erdrückende Last der militärischen und maritimen Rüstungen erleichtere. Die Sage von der Beherrschung der Welt durch die Kraft habe sich als falsch erwiesen und sei zertrümmert worden. Die Herrschaft der Gerechtigkeit und des Rechts werde von England eingeführt werden. Es werde in enger Kameradschaft mit den Alliierten zusammengeschlossen bleiben, um auch fernerhin die Welt auf dem Wege der geordneten Freiheit zu führen.

Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

* Berlin, 25. Nov. In weiten Volkskreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte stützen sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits beim Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückgegeben hat, seine eigenen aber nicht erhält. — Alle diese und ähnliche Redereien sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen Hoch zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht:

1. Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weitergehen.

2. Alle zu Gunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge bezüglich Behandlung, Beschäftigung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw. bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.

3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Die englischen Gesamtverluste.

* Haag, 25. Nov. Holländisch Neues Bureau meldet aus London: Im Unterhause teilte der Untersekretär des Kriegsamts Mac Person mit, daß die britischen Verluste mit Einschluß der englischen Hilfskräfte, aber ohne Einbeziehung der Luftstreitkräfte bis zum 10. November 1918 an Toten, Verwundeten, Vermissten und Kriegsgefangenen 1.497.991 Mann betragen.

1.600.000 französische Tote!

* Bern, 25. Nov. Nach einer Mitteilung des Senators Doumer, des Vorsitzenden des Heeresausschusses im Senat, betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1,6 Millionen.

Der geordnete Rückmarsch.

* Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gibt seiner Bewunderung über die gute Ordnung und vortreffliche Organisation des Rückzuges der deutschen Truppen Ausdruck.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Achtung!

Versammlung der Kriegsbeschädigten von Oestrich-Winkel!

+ Donnerstag, den 28. November, abends 8 Uhr, findet im Saalbau Rütthmann zu Mittelheim eine Versammlung aller Kriegsbeschädigten der Gemeinden Oestrich, Mittelheim und Winkel statt, in welcher Herr Holler-Siebrich, aber: „Zukunft und Rechte der Kriegsbeschädigten“ spricht. Da dieser Vortrag von großer Wichtigkeit ist, liegt es schon im Interesse eines jeden Kriegsbeschädigten auf der Versammlung zu erscheinen.

Wirtschaftsschluß.

* Eltville, 25. Nov. Die Polizeiverwaltung dahier macht bekannt: Wir weisen noch einmal daraufhin, daß die Gast- und Schankwirtschaften abends um 10 Uhr zu schließen sind. Wir bemerken dabei, daß der Bürger-, Handwerker- und Arbeiterrat von Eltville Gewicht darauf legt, daß diese Polizeistunde inne gehalten wird.

Befehlswechsel.

* Eltville, 25. Nov. Herr Rentmeister Josef Roegler erwarb von Herrn Otto Sney in Dresden 248,29 ar Acker im Vorderboden für 55.000 Mark.

Bürger- und Arbeiterrat.

* Eltville, 25. Nov. Der Vorsitzende des hiesigen Bürger-, Handwerker- und Arbeiterrates, Herr Direktor Wermann, veröffentlicht folgendes: „Der Bürger-, Handwerker- und Arbeiterrat, aus der Bürgerschaft gewählt, hofft, den Forderungen der Zeit dadurch zu dienen, daß er seine Tätigkeit nur dem Allgemeinwohl widmet. Er ist nur eine der Behörde beigegebene beratende Körperschaft. Nur Anregend und wo tunlich fördernd und vermittelnd kann sein Wirken sein. Gewissenhaft wird er sachlich begründete, schriftlich vorgelegte oder zu Protokoll gegebene Wünsche prüfen und entsprechend vertreten. Hierzu ist täglich Gelegenheit vormittags von 9–12 Uhr auf dem Rathaus gegeben. Der Bürger-, Handwerker- und Arbeiterrat hat weder die Pflicht des Staatsanwaltes noch die Befugnisse des Richters. Das wollen alle diejenigen beachten, die vielfach derartiger Meinung sind. Der Rat bittet die Bürgerschaft um Besonnenheit und um Unterlassung jeglicher Angriffe, die persönlich-böswilligen Schein haben. Jeder trage dazu bei, daß unserer Stadt Ruhe und Ordnung erhalten bleibt. Gemeinsam und in gutem Einvernehmen mit der städtischen Behörde gedenken wir die hoffentlich bald vorübergehende Tätigkeit ausüben zu können.“

Arbeiter-Jubilare.

m. Winkel, 23. Nov. In der „Maschinenfabrik Johannsberg, G. m. b. H.“ in Weisenheim begingen die Herren Monteur Georg Göbel, Winkel, Heinrich Fritscher, Weisenheim, Dreher J. B. Roth, Winkel, ihr silbernes Arbeitsjubiläum. Gleichzeitig feierten die Herren Monteur K. Reis, Weisenheim und M. Wenz (Wieser) Winkel, ihr goldenes Jubiläum. Die Jubilare wurden von ihren Herren Chefs persönlich beglückwünscht und ihnen ein künstlerisch ausgestattetes Ehrendiplom nebst Anerkennungs schreiben, sowie ein größeres Geldgeschenk überreicht. Die in den Glückwunschkarten ausgedrückten Wünsche schließen auch wir uns an, mit der Hoffnung, daß es ihnen beschieden sei, noch lange Jahre der Kunst von Eisen und Stahl anzugehören.

Arbeiter- und Soldatenrat.

* Weisenheim, 22. Nov. Die sozialdemokratische Partei hat hier eine Versammlung einberufen, in der zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats geschritten wurde. Dieser Arbeiter- und Soldatenrat besteht aus 11 Mitgliedern der sozialdemokratischen, 2 Mitgliedern der fortschrittlichen, 2 Mitgliedern der Zentrumspartei und einem Mitglied der nationalliberalen Partei.

Änderungen für die Rüstungsindustrie.

* Rüdesheim a. Rh., 25. Nov. Nachdem eine Rüstungsindustrie jetzt nicht mehr besteht, hört auch die Sonderversorgung der Rüstungsindustrie mit Lebensmitteln auf. Unabhängig sind die Bestimmungen über die Sonderzulagen für Schwer- und Schwerarbeiter noch nicht aufgehoben. Diese erhalten auch weiterhin die Protzulagen nach der Anordnung des Reichsausschusses vom 21. November 1918. Dagegen kommen die Fleisch- und Fettzulagen in Fortfall, weil diese nur den Arbeitern der Rüstungsindustrie bewilligt waren.

Befehlswechsel.

* Rüdesheim a. Rh., 25. Nov. Das in der Feldstr. belegene Wohnhaus mit Scheune und Stallung des Anton Wark von hier ging durch Vermittlung des Agenten Peter Morr von hier an den Fuhrunternehmer Wilhelm Hirschel von hier zum Preise von 25.000 Mk. durch Kauf über.

Die heimkehrenden Truppen.

* Bingen, 22. Nov. Die aus dem Westen herankommenden Truppenmassen gehen jetzt hinsichtlich der Anzahl erheblich in die Höhe. In der letzten Nacht weilten in Bingen 1600 Mann, heute sind wieder größere Truppen angekommen, darunter ein Zug, der mit klingendem Spiel durch Bingen zog und mit einem Dampfer seine Weiterreise antrat. In den nächsten Tagen werden hier 8000 Mann erwartet, für die sämtliche öffentlichen Gebäude, Schulen und auch Privathäuser belegt wurden. Auch in den Kirchen werden Soldaten untergebracht. Die Schulen wurden mit dem heutigen Tage sämtlich geschlossen.

3000 Mann Besatzung nach Höchst.

* Höchst a. M., 24. Nov. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge soll die Stadt 3000 Mann feindliche Besatzung erhalten. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Magistrat, an den maßgebenden Stellen Einspruch gegen diese alles zulässige Maß überschreitende Besatzung der Stadt zu erheben.

Beschlagnahmen.

* Höchst a. M., 25. Nov. Wie in einer Versammlung zu Schwanheim a. M. von hiesiger Seite mitgeteilt wurde, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in den Farbwerken bedeutende Mengen Lebensmittel mit Beschlag belegt, u. a.

in den Mayer'schen Mählhallen zu Frankfurt 56.000 Kilo Schweinefleisch, in den Werken selbst 98.000 Dosen Konerven. Mit dem Fleisch soll die „Kriegswurst“ verbessert werden. Auch mehrere 100 Fässer im Gefrierzustande, erhebliche Vorräte von Hälftenfrüchten, Mehl u. v. a. m. verfielen der Beschlagnahme.

Die gestohlene Beute.

* Griesheim, 23. Nov. Nicht weniger als „vier“ Lastautos waren zur Heranschaffung der „Beute“ des aus dem Feld heimgekehrten Offiziersstellvertreters Schneider erforderlich. Als die Mengen wollener Decken, neuer Stiefel und Schuhe, Fleischkonserven u. dergl. m. glücklich in der Wohnung versteckt waren, erschien der inzwischen benachrichtigte Arbeiter- und Soldatenrat und beschlagnahmte die gesamte Beute.

Die Kartoffelernte in Gefahr.

* Danzig, 23. Nov. Ueber Westpreußen geht seit letzter Nacht ein starker Schneefall nieder. Dadurch wird die Ernte von Millionen Zentnern Kartoffeln und Rüben, die durch die herrschende Grippe und die abrückenden russischen Kriegsgefangenen verzögert wurde, zur Unmöglichkeit. Die Felder sind zentimeterhoch mit Schnee bedeckt.

Ein neues Gemeindegewahlgesetz.

* Die preussische Regierung hat eine Verfassung erlassen, daß die Gemeindevorsteher, deren Mandate abgelaufen sind, vorläufig weiter zu amtieren haben. Eine Änderung des Gemeindegewahlgesetzes wird vorbereitet; nach seinem Inkrafttreten werden allgemeine Neuwahlen in den Gemeinden angeordnet werden.

Wichtige sozialpolitische Maßnahmen.

* Das Reichsarbeitsamt plant, wie halbamtlich mitgeteilt wird, eine Reihe bedeutsamer sozialpolitischer Neuerungen. Es befinden sich darunter: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Jahreseinkommen bis zu 5000 Mk. Achtstundentag für Bäckerinnen und Konditoreien. Das Nachtarbeitverbot soll auch in Zukunft aufrechterhalten werden. Auch eine Neuregelung der Sonntagsruhe wird kommen.

Das Ende der Dienstbotennot.

* Die durch die Heimkehr der Truppen notwendig gewordenen Verschiebungen in den industriellen Betrieben machen sich, wie man aus Bochum mitteilt, auf dem Dienstbotenmarkt schon recht erheblich bemerkbar. Zahlreiche Mädchen, die während des Krieges eine lohnende Beschäftigung in den Werkstätten für Heeresbedarf gefunden hatten, sind jetzt frei geworden und sehen sich nach Stellung im Haushalt um. Die Dienstbotennot ist zu Ende; das Angebot hält jetzt wieder der Nachfrage die Wage, und es dürfte sie mit fortschreitender Friedenswirtschaft bald übertreffen.

Wegen einer Mehlschlebung.

In der städtischen Mehlschlebung in Berlin ist der Angestellte K. in Haft genommen worden. Der Magistrat teilt dazu mit: Die bedauerliche Verletzung eines Angestellten des Magistrats, Abteilung für Brotversorgung, ist festgestellt worden. Der Angestellte K. hat sich verleiten lassen, unberechtigtweise eine Anweisung über 20 Sack Mehl für einen hiesigen Mehlschleuhändler zu erteilen. Er hat dafür von dem Anstifter eine größere Geldentschädigung erhalten. Der Angestellte ist sofort entlassen und das Mehl sichergestellt worden. Gegen den Angestellten selbst sowie den Mitbeteiligten schwebt das Verfahren beim Kriegsgericht.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Ehrung der heimkehrenden Krieger Oestrichs.

+ Oestrich, den 26. November.

Dem tapferen Helden bzw. den heimkehrenden Kriegern Oestrichs soll eine offizielle Ehrung von Seiten der Gemeinde zuteil werden. Aus diesem Anlaß bitten die Vorstände der vereinigten Sängerkörpers Oestrichs alle Sängerkörpers, welche einem Verein oder einer Korporation angehören, sich an dieser Ehrung zu beteiligen, um unsern tapferen Kämpfern einen herzlichsten Willkommengruß zu entbieten. Die Sängerkörpers hiermit zu einer Gesangsstunde am kommenden Samstag, den 30. November, abends 8 Uhr, in das obere Lokal des Gasthauses Rahn höflich eingeladen. In Anbetracht der großen Dankbarkeit, wozu wir unsern braven Helden gegenüber verpflichtet sind, wird allgemeine Beteiligung und pünktliches Erscheinen der Sängerkörpers erwartet.

Bekanntmachung.

Der Arbeitsausschuß für die Begräbnis der heimkehrenden Krieger hat beschlossen, die Begräbnis am Sonntag, den 8. Dezember mit einer Bewirtung im Saale des Herrn Jakob Rahn stattfinden zu lassen. Der Einheitsbeitrag wegen wird ein Faß Wein gekauft. Die Bürgerschaft wird höflich gebeten, zur Deckung der Kosten freiwillige Geldgaben den mit der Sammlung beauftragten Damen zu spenden und in die vorgelegte Liste einzutragen. Außerdem werden größere Geldspenden auf dem Rathaus gerne entgegen genommen.

Mit Rücksicht darauf, daß es sich um Begräbnis unserer braven Mitbürger handelt, die über 4 Jahre unter den schwersten Strapazen dem Feinde die Stirn geboten und die deutsche Heimat vor Verwüstungen bewahrt haben, wird gebeten, nach Kräften zur Sammlung beizutragen.

Die Sammlerinnen sind mit Ausweis der Polizeiverwaltung versehen. Der Begräbnisstag, der in schlichter Form gehalten wird, beginnt mit Gottesdienst in sämtlichen Kirchen und mit einer Gedächtnisfeier auf dem Friedhofe für die Gefallenen und infolge des Krieges gestorbenen Mitbürger.

Oestrich, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister: Becker.

Der Arbeiter- und Bürgerrat.

Gesang- und Gebetbücher

in reichhaltiger Auswahl empfiehlt

Adam Etienne, Oestrich a. Rh.

Grosse Versteigerung in neuen Möbeln.

Auf Grund des Handelsgeheimnisses versteigere ich wegen Auflösung der Gesellschaft

Samstag, den 30. November cr.,
vorm. 10 Uhr anfangend, im Fabriklager

Mainz, Hansa-Haus, hintere Bleiche 59²

nachfolgende, gediegen gearbeitete Zimmereinrichtungen,
nur süddeutsches Fabrikat, meistbietend gegen Barzahlung:

8 Schlafzimmer in eichen, nussbaum, mahagoni und
birke, mit 2- und 3törig. Spiegelschränken,

18 Speisezimmer in eichen, hell und dunkel mit Leder-
möbel und Hausuhren,

3 Herrenzimmer in eichen mit Ledermöbeln,

1 Salon, selten schön, in Eichenholz mit Vitrine,

1 Wohnzimmer sehr apart, in nussbaum.

Seltene Kaufgelegenheit für Brautpaare!

Befichtigung: Freitag, den 29. November von
10—1 und 3—5 Uhr.

Leopold Ullmann, Mainz

Auktionator und Taxator

Fischtorplatz 20.

Telefon 2706.

Ihr wart so gut, Ihr starbt so früh
Wer Euch gekannt, vergißt Euch nie



Nachruf.

In treuem Gedenken betrauern wir den lieben
Verlust unserer lieben Altersgenossen

Füsilier Martin Riebert,

Kanonier Josef Kremer,

Musketier Heinrich Eger,

„ Karl Meurer,

„ Georg Post,

„ Adam Kräuter.

Hinaus zogt Ihr in der Jugend Kraft,
In der Blüte Eurer Jahre,
In früh der Feinde Kugel Euch traf
6 gute, treue Kameraden.

Ihr wart Eurer Eltern Hoffnung, Stolz und Stütze.
Sollt im Alter eine Stütze für sie sein,
Doch Ihr wurdet ein Opfer des harten Kriegsgeschehens,
Jetzt stehen sie wieder allein.

Und heilt die Zeit auch Wunden und Schmerz,
Können wir uns niemals mehr reichen die Hand,
So denken wir unter Kameraden gern
Auf ewig in Heidesland.

In früh seid Ihr von uns geschieden,
Nun ruhest sanft, für Euch ist Frieden —
Doch in jenen lichten Höhen
Werden wir uns wiederseh'n.

Nachruf

an unsere liebe Altersgenossin

Franziska Schneider,

die nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem
Leiden sanft entschlafen ist.

Es ist gewiß, wir geh'n des Todes Pfad,
Ob früh, ob spät uns seine Engel naht
Er kommt, wir geh'n; es hilft kein Fleh'n und Fragen;
Bom letzten Tag kann niemand Kunde sagen.
So schlug auch Dir nun Deine Abschiedsstunde,
Geliebte Freundin, sie fragst nicht nach der Zeit.
Wohl Dir, die sagen konnt' aus Herzensgrunde:
Ich komme, Herr, ich war schon lang bereit.
Geduldig trugst Du Dein Los auf Erden
Und ohne Freuden gingst Du durch die Welt.
Wäg', liebe Freundin, jede Träne werden
Nur Träne Dir, die auch den Wert behält
Und wachst denn nun glücklich und zufrieden
Dort oben in den lichten Himmelshöhen,
Bis uns hienieden schlägt die letzte Stunde
Und wir Dich einstens dorten wiederseh'n.

Winkel, den 26. November 1918.

Gewidmet von den

Altersgenossen und -Genossinnen

des Jahrgangs 1899.

**Institut für vornehme
Ehevermittlung.**
Frau Ella Tischler, Wiesbaden
Grabenstrasse 2². — Telefon 8873.

Nachruf

an unsere im Alter von 24 Jahren verstorbene
Altersgenossin

Anna Hildmann

So schlief nun wohl in stiller Erde,
Genieße nun der ew'gen Ruh,
Des Lebens jegliche Beschwerden
Sie deckt der Grabeshügel zu.

Aus diesem Erdental voll Mängel,
Wo jeder Mensch nur Mühsal ist,
Kieft früh Dich ab der Todesengel,
Ach, viel zu kurz war Deine Frist.

Wir trauern nun nach Deinem Scheiden,
Wir denken oft in Tränen Dein.
Doch Du hast nun des Himmels Freuden,
Nicht schliefen wir doch auch so ein.

Du kannst Dich freu'n, hast ausgelitten,
Dein Tageslauf, er ist vollbracht;
Des Lebens Kampf hast Du gestritten
Und uns umgibt noch Erdenmacht.

So schlief nun wohl in dunkler Kammer,
Schlaf wohl in Deiner engen Gruft
Bis aus diesem Tal voll Jammer
Der Tod zur ew'gen Heimat ruft.

Deßlich, den 26. November 1918.

Gewidmet von ihren
Altersgenossen und -Genossinnen.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

J. & G. ADRIAN



WIESBADEN

Bahnhofstrasse 6. Fernspr. 59 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen

Verpackung :: Assecuranz

Moderne Möbel-Lagerhäuser

Spedition :: Rollfuhrwerk

Gegründet 1842.

L. RETTENMAYER

G. m. b. H.

WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 6611).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Ueber-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und

Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbelhaus: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.

Spedition,

Rollfuhrwerk,

Lager,

Incasso,

Versollungen.



Sammelladungen,

Commission,

Garten-Kies-

Verkauf

Versicherungen.

Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.

Amliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.

Schlafwagenkarten. — Amtl. Gepäckabfertigung

und Beförderung zu und von den Zügen.

Reisegepäck-Versicherung.

Reiseunfall-Versicherung.

Fernsprecher für Reisende: Nr. 242 und 2376.

Notte

Unsere beiden Söhne haben heute ein Schwesterchen

bekommen.

Dies zeigen voller Freude an

Oberarzt Dr. Bindseil

und Frau Gabriele, geb. Stoffen.

Weilmünster-Anstalt, den 23. Nov. 1918.

**Habe meine Praxis
wieder aufgenommen!**

Sprechstunden täglich v. 10—12 Uhr.

Dr. med. Tholl,

Elville am Rhein.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung
in der

Sektellerei Ehnlein,

Schierstein a. Rh.

Erfahrener

Elektromonteur

sofort gesucht.

A. G. Scheidemantel,

Schierstein.

Gärtner

sofort gesucht.

A. G. Scheidemantel,

Schierstein.

Eine Wüste,

im Eisweg zum Rotten

zu vergeben; im Alford oder

Taglohn.

Martin Johann Ruppershofen,

Deßlich, Landstraße 24.

Mehrere gebrauchte

Betten

zu verkaufen

Näheres Verlag d. Bl.

Schiefertafeln

mit einfachen und doppelten

Linien empfehlen

Geschwister Wilhelmy,

Deßlich.

Sonderkurse

für Kaufleute u. Private

a) für Herren,

b) für Damen,

Bankbeamte, Konto-Korrent- u.

Hauptbuchhalter, Rentner, Ge-

schäftsinhaber usw.

Beginn Anfang Dezember

Nach Wahl Nachmittags- oder

Abendkurs, (für zurückgekehrte

Kriegsteilnehmer ermäßigtes

Honorar.)

1. Bilanz- und Steuer-

rechnung

(Technik u. Praxis, Monats-

prüfungsmethode, Journali-

sierung.)

(Brutto-, Netto-, Schluss-Auf-

stellungen mit Gewinn- und

Verlustberechnung u. Bücher-

abicht.)

2. Bankrechnen

Prozent- und Zinsrechnung,

Kontokorrente nach allen Sy-

stem, (prozentu. u. mit roten

Zahlen, retrograd und Stoffs-

rechnung.) Rechenvorzüge.

3. Vermögensverwaltung u.

Praxisbuchführung.

Effektenwesen (An- u. Verkauf)

Bant- u. Börsengebräuche.

Kammlungen gefl. sofort

erbeten.

Hermann Bein

Diplom.-Kaufmann u.

Diplom.-Handelslehrer;

Beordneter Bücherrevisor und

Kaufmann. Sachverständiger

Wiesbaden

Rhein 115

nabe der Rinkliche

Fernsprecher 223.

1918er Wein,

per Schoppen Mk. 2.20 zapft

Balthasar Petri, Oestrich.

Untere Hühnerstraße.

Rum baldigen Eintritt ein

Zimmermädchen

gesucht.

Hotel Reisenbach,

Elville.

Zuverlässiges

Alleinmädchen,

für kleinen Haushalt sucht

Frau Gertrud Brück,

Nädesheim a. Rh.,

3. St. Wiesbaden, Adolfsberg 3.

Cigarren

in jeder Preislage, ein groß

und ein detail, sind zu haben bei

J. Hennemann,

Winkel am Rhein,

2. Taunusstraße 1. 1.

Eine gebrauchte noch gut

erhaltene

Zither

zu kaufen gesucht.

Wo, sagt die Expdt. d. Bl.

Gebrauchter

Kassenschrank

zu kaufen gesucht.

Näheres Verlag d. Blg.

Mehrere Bentner

Stoppelnrüben

hat abgegeben

Sebastian Salze,

Deßlich, Weinerstraße 10a.

Zwei prima

Fahrohlen

preiswert zu verkaufen.

C. Windolf, Deßlich.

Ein junger schwerer

Fahrochse,

steht zu verkaufen bei

Georg Freimuth,

Winkel a. Rh., Adolfsberg 32.

Junger zugfester

Fahrochse

zu verkaufen.

Frl. Milla Baumann,

Baumann's Hof,

(Post Schlangenbad.)

Fahrkub,

kräftig und gut im Futter,

zu verkaufen.

Brochueswerke H. G.,

Niederrad.

2 junge 8 Monate alte

Ziegenlämmer

zu verkaufen.

Gattenheim, Erbacher Landstr. 2.